

# PD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktions-  
Georgstr. 33

II/26

Hannover, 28. März 1947  
Telefon 20951/52

## Festgelegte Meinungen

P.R. Es ist ein in Parlamentardiskussionen auf allen Seiten beliebter und oft auch angebrachter Vorwurf, der andere - natürlich immer der andere - halte Reden "zum Fenster hinaus". Der Ausdruck ist so plastisch, dass er nicht erklärt zu werden braucht. Es gilt also offenbar als unserlös, oder unfair, so zu sprechen. Der Abgeordnete freilich, der sich von billigen agitatorischen Absichten fernhalten bemüht, der sich voll ernster Verantwortung, unter Aufbietung sachlichster Argumente und in denkbar grösster Loyalität gegenüber seinem innenpolitischen Gegenspieler äussert, wird nur allzu oft das Gefühl haben, gegen eine Mauer zu sprechen, gewiss nicht eine von Dummheit, aber eine von Voreingenommenheit.

Man enthüllt gewiss kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, dass die private Ansicht eines Abgeordneten nicht immer mit seiner Stimmabgabe voll übereinstimmt. Die starren Grenzen festgelegter Meinungen wirken immer wieder störend, oft geradezu peinlich sichtbar, stellenweise in einem Umfang, der dem praktischen Wert von Reden im Plenum überhaupt in Frage stellt. Das politische Profil eines Abgeordneten aber kann dadurch nicht an Klarheit gewinnen, dass seine Ansichten in allen ihren Schattierungen und seine ganze Persönlichkeit in allen ihren möglichen politischen Äusserungen unveränderliche Kennzeichen trägt.

Es hat in einigen deutschen Länderparlamenten mehrfach Situationen gegeben, die durch eine überraschend weitgehende Annäherung der sachlichen Standpunkte rivalisierender Parteien gekennzeichnet waren,

solange die Diskussion im engen, vertrauten Kreis stattfand. Sobald aber die intime Atmosphäre freundschaftlicher Aussprache verlassen wurde, platzten die Gegensätze wieder aufeinander, die festgelagerte Meinung trat an die Stelle der eigenen, die Fraktionsarithmetik beherrschte das Feld. Das ist bedauerlich, auch wenn man die Notwendigkeit einer vernünftigen Parteidisziplin als unentbehrlich anerkennt. In den weitaus meisten Fällen wird sie auch vorhanden sein, ohne dass man sie ausdrücklich fordert. Aber in anderen wäre es gut, dem Einzelnen grössere Bewegungsfreiheit zuzugestehen, ihm in aller Öffentlichkeit ein abweichendes Urteil zu gestatten, ohne dass er dadurch blossgestellt erscheint.

Solche Praxis deutet freilich schon auf ein fortgeschrittenes parlamentarisches Entwicklungsstadium hin. Seine Anwendung wird auch durch ein System von wenigen grossen Parteien begünstigt. Im alten deutschen Reichstag haben wir es relativ selten erlebt, in den USA und in England ist es häufig zu beobachten, dass die Ja-Nein-Linie bei wichtigen Abstimmungen mitten durch die Parteien und Gruppen hindurchgeht. Es ist das im Grunde auch ein sehr natürlicher Vorgang. Denn so naheliegend es ist, dass eine Gruppe politischer Freunde auf Grund gemeinsamer Anschauungen und langjähriger Zusammenarbeit in den meisten Fragen gleicher Ansicht ist, so widersinnig wäre es, anzunehmen, dass diese Gleichheit in allen Fragen bestehen muss. Und so demokratisch es ist, wenn in dieser oder jener Angelegenheit eine Minderheit, um die Parteeinheit nach aussen zu wahren, gegen ihre private Meinung sich der abweichenden Ansicht der Mehrheit fügt, so unerlässlich scheint es, gerade im Interesse des guten Rufes der geistigen Selbständigkeit des Einzelnen, dass dieses Prinzip nicht zur ausnahmslosen Regel erhoben wird.

Das Gebot einer vernünftig gehandhabten Parteidisziplin miss, wenn anders man den parlamentarischen Gedanken nicht schwersten Schaden zufügen will, mit der Pflicht und dem Recht zur ungehinderten Meinungsäusserung auch durch den Stimmzettel in Übereinstimmung gebracht werden. Allgemein gültige Regeln wird man dafür nicht aufstellen können. Es wird eine Sache der Erfahrung und des Taktcs, des persönlichen Mutes auf der einen und der grosszügigcn Auslegung von Parteivorschriften auf der anderen Seite sein, hier einen gangbaren Ausweg zu finden. Dass es ihn gibt, kann nach den Erfahrungen in manchen ausländischen Parlamenten nicht bezweifelt werden.

Von Max Barth, New York

In der Diskussion über die Konsolidierung Europas durch Schaffung eines europäischen Staatenbundes sind zwei Hauptrichtungen zu erkennen: Die eine wünscht England einzubeziehen und die Sowjetunion auszuschließen, die andere will den umgekehrten Weg gehen.

Wichtiger als die meisten Gründe, die gegen die Aufnahme der Sowjetunion in einen europäischen Bund sprechen, wichtiger vor allem als der geographische Einwand, erscheint mir die Unvereinbarkeit der beiden Sittlichkeitsauffassungen, auf denen die beiden Gruppen Abendland und Sowjetunion stehen, Sittlichkeitsauffassungen, die selbstverständlich auch zwei verschiedene und unvereinbare Gesellschafts- und Staatskonzeptionen hervorgebracht haben. Eine Kooperation auf vielen Gebieten ist zwischen den beiden Welten möglich; sie ist wünschenswert, sofern sie sich auf Austausch und Zusammenarbeit beschränkt, ohne dass der Versuch ideologischer und politischer Unterwerfung des anderen gemacht wird. Aber ein geeintes Europa, in dem die beiden einander diametral entgegengesetzten Sittlichkeitsauffassungen nebeneinander bestünden, ist unmöglich. Wie unvereinbar beide Welten sind, hat sich im Februar dieses Jahres in der von den Vereinten Nationen gebildeten Kommission für Menschenrechte gezeigt. Der Berichterstatter, Dr. Malik von Libanon, legte den Vorschlag einer Magna Carta der Menschenrechte vor, einer Proklamation der menschlichen Rechte, die nicht national beschränkt, sondern Weltgültigkeit haben sollte. Der Vertreter der Sowjetunion, W. I. Topliakow, nahm die eingebrachte Liste zur Hand und beantragte die Streichung gerade der grundlegenden Rechte. Eine Annahme seiner Anträge würde entweder die ganze Magna Carta unmöglich machen oder nur ein Dokument hinterlassen, das ein Hohn auf das Menschenrecht wäre.

Die erste Streichung, die er forderte, war die des Rechtes auf Leben. Das elementarste aller menschlichen Rechte soll ausdrücklich dem Menschen nicht zuerkannt werden, d. h., faktisch ihn aberkannt werden. In diesem Fall wie in allen anderen Einwänden hat Topliakow, deutlicher als es je getan wurde, dargetan, wie die sowjetische Anschauung (und Praxis) in direktem Gegensatz zu der des Abendlandes steht.

Das nächste Recht, das gestrichen werden soll, ist das Recht auf persönliche Freiheit. Dieses Recht ist für die auf der abendländischen Ethik ruhenden Staaten und Nationen ebenso fundamental wie das auf Leben. Der Vorrang des Rechts auf Leben liegt nun in der Tatsache, dass den Menschen die Freiheit nicht nützt, wenn er nicht das Leben hat. Nun ist es unleugbar, dass die Verkündung der Freiheit, ebenso wie die aller anderen Menschenrechte, an sich nicht garantiert, dass der Mensch auch wirklich das zugesicherte Recht genießt. Aber der entscheidende Punkt ist, dass die sittliche Forderung auf Achtung des Lebens und der Freiheit des Individuums geht und dass die Kämpfe um diese Dinge uns auf dem Weg zu ihrer Sicherung voranbringen. Wenn die Sowjetunion das Recht auf Leben und Freiheit verneint, so steht ihre Auffassung in direktem Gegensatz zu unseren, und ihre sittliche Forderung strebt nach Verwirklichung einer Idee, die das Gegenteil der unseren, nach unserer Meinung daher unsittlich ist.

Es verwundert nicht, wenn Topliakow, nach der Ablehnung der beiden Grundrechte, auch das Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit ablehnt. Es wäre falsch, anzunehmen, dass es sich dabei nur um eine opportunistische Stellungnahme handelt, die die weitere Verwendung von einigen Millionen deutscher Gefangener für Zwangsarbeit sichern soll: die Sowjetunion ist grundsätzlich für das Recht des Staates, Menschen in einen Zustand der Sklaverei zu versetzen und zu Zwangsarbeit zu verurteilen; sie hat das durch ihre interne Praxis bewiesen. Ihre erwogene und ausdrückliche Haltung in diesem Punkt ist also diametral der der abendländischen Welt entgegengesetzt.

Tepljakow lehnt ferner ab, dass das Recht auf Eigentum und das Verbot ungesetzlicher Enteignung statuiert werden. Entgegen der sowjetischen Doktrin, die ja vor einigen Jahren mindestens ein begrenztes Recht auf Privateigentum anerkannt hat, lehnt der Vertreter Moskaus als eine bindende Verpflichtung auf Anerkennung eines Eigentumsrechtes ab. Und selbst die milde Formulierung eines Verbots "ungesetzlicher" Enteignung akzeptiert er nicht. Dabei geht es Moskau hier offenbar nicht so sehr um die Ablehnung der praktischen Konsequenz, als um die des Grundsatzes: Weniger die Erlaubnis Privateigentum zu besitzen, soll verneint werden, vielmehr der Gedanke, dass ein Recht, privates Eigentum zu haben, überhaupt in Frage komme; und nicht das Verbot der Enteignung selbst ist der angreifbare Punkt, sondern der Gedanke, dass das Recht des Staates, das Individuum zu berauben, überhaupt angezweifelt werden könne.

Ferner lehnt die Sowjetunion ab das Recht der Freizügigkeit. Das ist natürlich nicht verwunderlich, da die Praxis den Standpunkt Moskaus längst evident gemacht hat: wer den Versuch, ohne Erlaubnis das Land zu verlassen, mit dem Tode bestraft, kann gewiss nicht in den Verdacht kommen, ein Vorkämpfer für das Recht der freien Bewegung des Individuums zu sein. Auch in diesem Fall, in dem es sich um eines der wichtigsten menschlichen Rechte handelt, besteht also zwischen der Sowjetunion und den Western ein unüberbrückbarer Gegensatz.

Bezeichnend ist es auch, dass Tepljakow ablehnt, dem Individuum ein Recht bei nationalen Regierungen oder den Vereinigten Nationen zu petitionieren, zugestehen. Der Ausschluss dieses Rechtes - das an sich keineswegs staatsbedrohend ist, da ja das petitionierende Individuum durch sein Gesuch keinen Einfluss ausübt, sondern um eine Entscheidung bittet und nachsehen muss, was ihm von den Instanzen gegeben wird - zeigt den festen Entschluss, die völlige Entmachtung des Einzelnen durchzuführen; nicht einmal zu bitten soll ihm erlaubt sein.

Die Einwände Tepljakows gegen diese ganze Gruppe der von ihm abgelehnten Rechte und Verbote waren: ihre Festsetzung sei entweder überflüssig oder liege ausserhalb der gegenwärtigen Machtfülle der Vereinten Nationen, oder aber sie verletze örtliche Gesetze und Gebräuche nationaler Staaten. Hierzu ist zu sagen: Wie gerade das Beispiel der Sowjetpraxis zeigt, ist ein Versuch, die genannten Menschenrechte durch eine Weltautorität zu garantieren, keineswegs überflüssig. Er ist sogar notwendig. Dass die Vereinten Nationen zur Zeit noch nicht in der Lage sind, die von ihnen etwa verkündeten Rechte in jeder Fall durch ihre Autorität zu sichern, ist richtig. Umso nötiger erscheint es, sie als sittliche Forderungen aufzustellen, deren Verwirklichung anzustreben ist. Und wenn "örtliche" Gesetze und Gebräuche den vorgeschlagenen elementaren Menschenrechten zuwider sind, ist es erst recht notwendig, diese Rechte zu verfechten; nicht die Menschenrechte haben sich anzupassen, sondern die nationalen "Gesetze und Gebräuche". Aber das ist gerade der entscheidende Punkt: Die Sowjetunion, die ihren Ursprung in einer Revolution zur Sicherung gerade der jetzt vorgeschlagenen Menschenrechte hatte, ist heute grundsätzlich ein unbedingter Feind dieser Rechte und fürchtet ihre Verkündung, weil sie angetan wäre, ihr Lebensprinzip und das soziale und politische System, das auf ihm errichtet ist, den Menschen als zweifelhaft oder ablehnerwert erscheinen zu lassen. Sie ist entschlossen, Prinzip und System beizubehalten, dh. Sowjetgesellschaft und Sowjetstaat auf einer Basis zu erhalten, die derjenigen direkt entgegengesetzt ist, auf der Europa besteht. Es ist undenkbar, dass ein europäischer Staatenbund einen Staat einschliessen könne, der in jeder seiner Erscheinungsformen und in jeden Teil seiner Programmatik und Tendenz das europäische Sittlichkeitsgesetz und das europäische Lebensgesetz verneint und erklärtermassen entschlossen ist, sie zu vernichten. Durch die Aufnahme der Sowjetunion würde ein europäischer Bund ein übermächtiges antieuropäisches Aktionszentrum akzeptieren und Europa und den Europäern das Todesurteil schreiben. (b/A20/253/1)he

Peinliches GeständnisZur Ablehnung des Sozialisierungsantrages der SPD in Niedersachsen

Auch der niedersächsische Landtag hat nun seine Sozialisierungsdebatte mit anschließender Abstimmung hinter sich. Der Antrag auf Sozialisierung, den die SPD eingebracht hatte, wurde mit 43 : 40 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen die Vertreter der übrigen Parteien. Die CDU-Anträge zur Wirtschaftsprüfung offenbar als eine Art Ersatz für die echten Sozialisierungsanträge gedacht, wurden dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Das Gewicht der ablehnenden Entscheidung wurde freilich durch das Bewußtsein erheblich beeinträchtigt, daß jedes wichtige Votum dieses Landtages durch den kommenden saktioniert werden muß, sobald ein solches Verlangen im neuen Landtag ausreichend unterstützt wird. Die Aussprache stand auf bemerkenswert hohem Niveau, die sozialdemokratische Begründung des Antrages war eindringlich und vielleicht auch für manchen Abgeordneten überzeugend, der später seine Stimme dem Antrag versagte. Es war auch zu erkennen, daß in einzelnen Gruppen der Partei eine gewisse Neigung zu sachlichen Entgegenkommen bestand, aber alles das reichte für eine Einigung nicht aus. Ohne Zweifel wird man die Haltung der Parteien zur Sozialisierung bei der Wahlvorbereitung die wichtigste Rolle spielen.

Von sozialdemokratischem Standpunkt aus gesehen, ist die bemerkenswerteste Tatsache die, daß die CDU sich schließlich doch ohne Vorbehalt und Ausnahme für den Block der antisozialistischen Parteien, das heißt für die kapitalistische Linie entschieden hat. Diese Grundtendenz der CDU-Politik konnte freilich auch vor der Probe durch die Abstimmung nicht verkannt werden, und sie war auch vollends klar geworden nach dem Abschluß des Wahlbündnisses mit der NLP. In Hannover hat sich besonders deutlich wiederholt, was vorher in Düsseldorf und in anderen Länderparlamenten zutage trat, daß man nämlich aus allen platonischen Bereitschaftserklärungen der CDU zur Mitarbeit auch auf diesem Gebiet nur das Nein zu einer konsequenten Durchführung eines echten Sozialisierungsprogrammes heraushören kann. Die CDU ließ durch ihren Vertreter vor allem behaupten, daß Maßnahmen von so großer Tragweite nur im Rahmen des Rechts getroffen werden könnten und daß wohl wahltaktische Gesichtspunkte den Dringlichkeitsantrag veranlaßt hätten, der Wille nämlich, den Gegner zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Das trifft nicht zu. Der wichtigste Grund war für die SPD die Dringlichkeit der Sache, um die es geht, die Erkenntnis, daß keine weitere Zeit verloren werden darf, daß man in den einzelnen Ländern unverzüglich mit dem beginnen muß, was später für ein einheitliches Deutschland durchzuführen ist. Daß bei dieser Gelegenheit sich die Geister klar scheiden mußten, daß die Ablehnung einer so überzeugenden, echt demokratischen und wahrhaft fortschrittlichen Vorlage für ihren Regierer peinlich ist, daraus kann man schließlich ihren Befürwortern keinen Vorwurf machen.

Die Einstellung von NLP und FDP hat noch weniger überrascht als die ihrer Schwesterpartei. In den Darlegungen gerade auch ihrer Vertreter kam immer wieder die alte Melodie zum Durchbruch, nicht alle die Ziele, sondern auch die Motive des Gegners, zu verdächtigen, sie gleichzeitig aber über eine angeblich ungerachte Behandlung durch Mißdeutung der eigenen Absicht zu beschweren. Wenn der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sich in dem Geist vollziehen soll, wie er in diesen Erklärungen zum Ausdruck kam, dann würde es um die Aussichten dieser Erneuerung noch trostloser bestellt sein, als es heute ohnehin den Anschein hat. Denn es ist das der Geist der sozialen und wirtschaftlichen Reaktion, der sich nur höchst unvollkommen hinter schönen Worten und unverbindlichen Gesten verbirgt.

(m/1/263/1/hs)

## Republikation der finnischen SPD

-n. Helsinki, Mitte März

Der infolge kommunistischer Wählerarbeit schon einmal verschobene Kongress der finnischen Gewerkschaftszentrale soll in wenigen Wochen stattfinden. Die Sozialdemokratische Partei hat nun ebenfalls eine sehr intensive Wahlpropaganda unter den Arbeitern entfaltet, die Kongressdelegierten werden durch direkte Wahl bestimmt. Ein sozialdemokratisches Wahlplakat, das an vielen öffentlichen Plätzen angeschlagen war, enthielt die Parolen: "Nun haben wir genug von blossen Versprechungen, von Preiserhöhungen und Zwangsdemokratie!" In den Kinos wurden sozialdemokratische Reklambilder gleichen Inhalts gezeigt. Der Innenminister hat diese Propaganda untersagt und der Polizei den Auftrag gegeben, energisch gegen sie einzuschreiten. Das sozialdemokratische Zentralorgan "Suomen Sosialidemokratii" weist darauf hin, dass nach finnischen Gesetz solche Druckschriften nur verboten werden können, wenn sie verbrecherischen Inhalt haben. Die Sozialdemokratische Partei hat gegen den Uebergriff des Innenministers energisch protestiert. Dieser heisst Yrjö Leino und ist Kommunist. Die Kommunisten haben an den verschiedenen Arbeitsplätzen schwarze Listen angelegt, die die Namen jener Arbeiter enthalten, von denen anzunehmen ist, dass sie sozialdemokratisch sind.

Ein Lichtpunkt in der Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung ist der Umstand, dass die sozialdemokratische Partei dabei ist, ihre Einheit und Einigkeit wiederzugewinnen. Seit Kriegsende ist die Partei in zwei Gruppen geteilt: in die Majoritätsgruppe, die dem in Gefängnis sitzenden ehemaligen Parteiführer und Minister Tanner ergeben ist, und in die Oppositionsgruppe, die weiter links steht und eine gewisse Zusammenarbeit mit den Kommunisten und Volksdemokraten verlangt. Eine Mittelstellung nimmt der Parlamentspräsident K.A. Fagerholm ein. Diese Mittelstellung ist jetzt zur Mittlerstellung geworden. Sein Vorschlag, dass Vertreter der Opposition in die Parteileitung aufgenommen werden sollen, unter gleichzeitiger Auflösung des Zentralkomitees der Opposition, hat nun sowohl bei den Tanneristen als auch bei der Opposition Zustimmung gefunden. Die bevorstehende Wiedervereinigung der beiden Gruppen hat die Volksdemokraten und Kommunisten zu einer starken Hetzkampagne gegen K.A. Fagerholm veranlasst. Es ist damit zu rechnen, dass die schwedisch-sprachige Zeitung "Arbetsblad", die von der Oppositionellen Aatos Wirtanen (Reichstagsmitglied und bekannter Schriftsteller) redigiert wird, in wenigen Tagen als Organ der Partei herauskommen wird. (b/Alo/263/1/he)

### Grosskundgebung für die Vereinigten Staaten von Europa

Das von namhaften englischen Politikern unter Führung von Winston Churchill gebildete Komitee zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa tritt am 14. Mai in der Londoner Albert Hall mit einer grossen Kundgebung vor die Öffentlichkeit. Sie wird vom Erzbischof von Canterbury geleitet werden und sieht als Redner unter anderem Winston Churchill, Mr. George Gibson, Lady Violet Bonham Carter, Mr. Oliver Stanley und den Begründer der "Rettet-Europa-jetzt"-Bewegung, Victor Gollancz, vor. Seine Teilnahme ist umso bemerkenswerter, als die Labour Party offiziell von den Bestrebungen des Komitees abgerückt ist, dessen erstes Manifest auch von mehreren Labour-Abgeordneten unterzeichnet wurde. Victor Gollancz hält sich offenbar an die Parteipositionen nicht gebunden, wie seine Teilnahme als Redner an dieser Kundgebung erkennen lässt.

Vor wenigen Tagen ist übrigens erst an das Komitee von der UNO die Anfrage gerichtet worden, wie es sich die Vereinigten Staaten von Europa denkt, welche Staaten es in ihnen vereinigt sehen möchte und ob es sich

um einen politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zusammenschluss handeln soll. Mit dieser Anfrage ist dem Komitee eine Resolution der UNO-Exekutive übermittelt worden, die jede Massnahme des Komitees der Vereinigten Staaten von Europa verurteilt, die die Autorität der UNO untergraben könnte. (b/Blo/283/1/he)

### 3,5 Millionen Auflage der "Prawda"

Das sowjetische Regierungsblatt "Prawda" wird, wie man jetzt aus amerikanischer Quelle erfährt, in einer Auflage von 3,5 Millionen Stück gedruckt. Sitz der Redaktion, die von Chefredakteur Peter Pospelow geleitet wird, ist Moskau, wo auch die Zeitung gesetzt und genastert wird. Die fertigen Matern werden dann in Flugzeug nach Leningrad, Rostow, Kiew, Kuibyschew, Baku, Novosibirsk, Khabarowsk, Ateschkent und Oarkow gebracht, wo der Druck erfolgt. Sie erscheint wegen Papiern Mangels täglich nur mit vier Seiten und wird auf der Moskauer Konferenz durch einen gewissen Jzakov vertreten, der gleichzeitig auch für die sowjetische Nachrichtenagentur Tass mitarbeitet, deren Mitarbeiterstab bei der Konferenz nur vier Mann umfasst. Die russischen Korrespondenten werden regelmäßig durch Konstantin Zinchenko vom sowjetischen Auswärtigen Ministerium, Abteilung Presse, über den Verlauf der Konferenz informiert, können sich aber auch, wenn sie zusätzliches Material benötigen, an die Sachverständigen wenden. Nur in den allerdringendsten Fällen steht Molotow selbst mit Auskünften zur Verfügung. (b/Blo/283/1/he)

### Protest gegen Züchtigungsrecht

Gegen die Forderung des bayerischen Kultusministers Dr. Rudhasner auf Einführung des Züchtigungsrechts protestieren "DIE FALKEN" Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands. Sie sehen darin eine reaktionäre Massnahme, die das Verhältnis der Jugend zur älteren Generation erschwert. Mit dem Recht des Stärkeren kann die Züchtigung zu einem Missbrauch an die heranwachsende Jugend werden und ist ausserdem dazu nicht geeignet, das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Erziehern und Kindern zu schaffen. Nicht die Unterordnung, sondern die freiwillige Binordnung in die Gemeinschaft soll zum Erziehungsprinzip der Schule gemacht werden. Praktische Ergebnisse in unseren Kindergruppen und den Zeltlagern haben gezeigt, dass der ältere Kamerad mit restlosem Vertrauen anerkannt wird, wenn er ein Beispiel für Kinder und Jugendliche ist.

Die Schule weist in der heutigen Form als Erziehungseinrichtung schon eine Reihe Mängel auf, aber durch die Einführung des Züchtigungsrechts wird sie zu einem Instrument mittelalterlicher Erziehungsmethoden und stellt einen starken Eingriff in die Rechte des Elternhauses dar.

### In Südbaden SP statt SPD

Die französische Militärregierung von Südbaden hat verboten, im Namen der Sozialdemokratischen Partei das Wort "Deutschland" zu verwenden. Neuerdings erstreckt sich auch dies auf das Kurzzeichen SPD, aus dem der Buchstabe "D" weggelassen werden muss.

Verantwortlich: i. V. Peter Raunig, Hannover